

Brief aus Berlin



Brigitte Zypries
Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis 187
www.brigitte-zypries.de

Ausgabe 07/2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

eine aufregende und turbulente Woche liegt hinter uns. Mit dem plötzlichen Rücktritt von Kurt Beck hatte niemand gerechnet. Als Parteivorsitzender hat er in einer schwierigen Zeit der SPD vor allem mit dem Hamburger Grundsatzprogramm neue Kraft gegeben. Seine persönliche Entscheidung müssen wir respektieren.

Nun gilt es, mit dem neuen Führungsduo - Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier - nach vorne zu schauen und gemeinsam geschlossen dafür zu kämpfen, dass 2009 wieder ein sozialdemokratischer Kanzler regiert! Franz Müntefering hat dies nach seiner Nominierung nochmal deutlich gemacht: Die Union stellt die Bundeskanzlerin, hat aber nicht die Meinungsführerschaft.

Heute beginnt im Bundestag die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause. Mit der Haushaltswoche starten die Beratungen über den Bundeshaushalt 2009. Der Etat meines Hauses wird am 16. September beraten, die Abschlussrunde mit Generaldebatte ist dann am Freitag. Erstmals seit 1969 wird der Bund ab 2011 keine neuen Schulden mehr machen. Gleichzeitig werden auch in den kommenden Jahren in allen wesentlichen Politikfeldern Akzente gesetzt. So steigen z.B. die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit in den kommenden vier Jahren um zusätzlich 3,2 Mrd. Euro.

Am 2. Oktober diskutiere ich in Weiterstadt mit Expertinnen und Experten über die Wirksamkeit des neuen Stalking-Gesetzes. Mehr Infos dazu finden Sie in der *Letzten Nachricht*.

Viel Spaß beim Lesen wünscht
Ihre

Brigitte Zypries

Inhaltsverzeichnis

Aufstieg durch Bildung	2
Situation in Georgien	3
Wie sicher sind unsere Daten?	4
BPA-Fahrt im August	5
Letzte Nachricht	6

Aufstieg durch Bildung

SPD legt umfassendes Bildungskonzept vor

Bildung entscheidet über die Lebenschancen und Teilhabemöglichkeiten der Menschen in unserer Gesellschaft. **Wir wollen ein Bildungssystem, das niemanden zurücklässt und allen Menschen die Chance eröffnet, ihre Potenziale voll zu entfalten.** Der Zugang zu Bildung und der Bildungserfolg dürfen nicht von der sozialen Herkunft abhängen. **Die SPD will ein leistungsstarkes, sozial gerechtes und durchlässiges Bildungssystem schaffen - mit beitragsfreien Kindertagesstätten, längerem gemeinsamen Lernen und neuer Hochschulfinanzierung.** In einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ist es besonders wichtig, gezielt in Bildung zu investieren. **In vielerlei Hinsicht kann Bildung einen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten - sei bei der Integration von Migrantinnen und Migranten oder bei der Prävention von Jugendkriminalität.** Um dem hohen Stellenwert, den Bildung in unserem Land hat, gerecht zu werden, hat der SPD-Parteivorstand am 01. September ein Gesamtkonzept beschlossen: „Aufstieg durch Bildung“ nennt sich der Beschluss, der deutlich macht, wie wir uns eine Bildungslandschaft der Zukunft vorstellen.



Wir wollen einen völlig kostenlosen Zugang zur Bildung für alle Altersklassen. So sollen Kinder vom ersten Geburtstag an bis zur Einschulung kostenlos Kindertagesstätten besuchen können. In den geplanten Ganztageschulen, in denen die schulpflichtigen Kinder jetzt länger als bis zur vierten Klasse gemeinsam unterrichtet werden sollen, wird jedem Kind ein Recht auf kostenfreie Lehrmittel eingeräumt. Die Hauptschule soll als Schultyp abgeschafft und in neue Strukturen überführt werden. Jedes Schulkind soll ein kostenloses Mittagessen erhalten. **Außerdem wird Schulabgängern ohne Abschluss ein Rechtsanspruch darauf gewährt, diesen nachzuholen. So wollen wir verhindern, dass immer mehr Jugendliche nach Beendigung ihrer Schullaufbahn ohne Abschluss kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.** Für ältere Jahrgänge soll ab der elften Klasse ein Schüler-BAföG finanzschwache Familien unterstützen. Das Studienplatzangebot soll in Qualität und Quantität verbessert werden und auch Fachkräften ohne Abitur soll der Zugang zu Hochschulen ermöglicht werden, etwa wenn sie eine abgeschlossene Berufsausbildung und Erfahrung im Berufsleben gesammelt haben.

In Sachen Finanzierung spielt der demografische Wandel eine große Rolle: **Bis zum Jahre 2015 wird es laut Schätzungen ungefähr 1,6 Mio. weniger schulpflichtige Kinder geben als heute.** Dadurch werden etwa 8 Mrd. Euro frei, die von den Ländern zur Sanierung des Schulsystems eingesetzt werden und nicht in andere Ressorts fließen sollen.

Diskutieren werden wir das vorgelegte Konzept in Kürze gemeinsam mit Expertinnen und Experten auf einer Bildungskonferenz.

Konflikt um Südossetien und Abchasien in Georgien

Dialogbereitschaft mit allen Beteiligten wahren

Viele Augen schauen seit einiger Zeit nach Georgien – leider aus einem sehr unerfreulichen Grund: **Zwischen Georgien und Russland gab es kriegerische Auseinandersetzungen im Konflikt um die abtrünnigen Regionen Südossetien und Abchasien. Die Krise im Südkaukasus macht deutlich, dass nicht überall in Europa Frieden, Stabilität und Wohlstand existieren.**

Südlich des großen Kaukasus gelegen erstreckt sich Georgien über etwa 70.000 km² und ist damit ungefähr so groß wie Bayern. Im Westen ist das Land durch das Schwarze Meer begrenzt, im Süden und Südosten teilt es sich seine Grenze mit Aserbaidschan, Armenien und der Türkei, im Norden mit Russland. Die Gesellschaft besteht aus Georgiern, aber auch Aserbaidschaner, Armenier, Aramäer und natürlich Osseten und Abchasen leben in dem multiethnischen Land. Mehrheitlich besteht die Bevölkerung Südossetiens aus Russen, völkerrechtlich gehört das Land aber zur Republik Georgien.

In der Vergangenheit gab es **immer wieder mehr oder weniger gewaltsame Auseinandersetzungen in Georgien**. Vor dem Fall des Eisernen Vorhangs, gegen Ende der 1980er Jahre, entwickelte sich in Georgien - das zu diesem Zeitpunkt zur UdSSR gehörte - eine starke Unabhängigkeitsbewegung, die nach dem Ende der Sowjetunion in der Unabhängigkeitserklärung Georgiens am 09. April 1991 gipfelte. In einigen Regionen, darunter auch Abchasien und das krenltreue Südossetien, bildeten sich Separatistengruppen und Sezessionskriege brachen aus.

Durch hohe militärische Präsenz in den umkämpften Gebieten gelang es Russland, eine vollständige Kontrolle Georgiens über die betroffenen Gebiete zu verhindern.

Nachdem Gespräche über eine mögliche friedliche Eingliederung in den Machtbereich Georgiens in den letzten Monaten gescheitert waren, versuchte Georgien seine Interessen auf militärischem durchzusetzen, und startete am 8. August eine Offensive gegen Südossetien. Russland, das zuvor schon angekündigt hatte, bei einem Militärschlag nach tatenlos zuzusehen, griff sofort ein, und entsandte Truppen nach Georgien, deren Aufgabe es war, die dort stationierten Friedenssoldaten zu unterstützen.

Dass die Armee Georgiens teilweise von Amerikanern ausgebildet wird und von den USA finanziell und militärisch unterstützt wird, ließ schnell Warnungen vor einem neuen Kalten Krieg aufkommen. **Der Vergleich mit dem Kalten Krieg wird dabei zunehmend auch von den Medien geschürt, die seit einigen Wochen wieder vermehrt mit den Begriffen des „Westens“ und des „Ostens“ aufwarten und von einer erneuten Isolation Russlands von Europa sprechen.** Mit vorschnellen Urteilen sollte man hier sehr vorsichtig sein.

Am 1. September hat nun ein **Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs** eine Linie bestätigt, die zuvor schon von Außenminister Frank-Walter Steinmeier empfohlen wurde. Man einigte sich darauf, dass ein Weiterführen des Dialogs mit Moskau unbedingt wichtig ist und dass

auf Sanktionen politischer oder wirtschaftlicher Art verzichtet wird. Die Anerkennung der Regionen Südossetien und Abchasien als eigenständige Staaten durch Russlands Präsident Medwedew wurde gerügt, und alle sonstigen Staaten dazu aufgefordert, dem russischen Beispiel nicht zu folgen und die territoriale Integrität Georgiens nicht zu verletzen.

Es gibt aber auch Hardliner, die für einen strengeren Kurs gegenüber Moskau plädieren, der unter anderem auch vor Sanktionen nicht halt machen soll. Unter anderem hatte der Britische Premier Brown angekündigt, die **Verhandlungen über einen Partnerschaftsvertrag zwischen der Europäischen Union und Moskau aussetzen** zu wollen. Dies wurde vom Sondergipfel beschlossen, bis Russland die Forderungen des Waffenstillstandsabkommens erfüllt hat.

Es ist jedoch **weiterhin unerlässlich, den Dialog mit Russland** zu suchen und sich nicht mit vor-schnell verhängten Sanktionen möglicherweise selbst schaden. Die EU hat den Dialog mit Russland deshalb bewusst nicht abgebrochen, denn aus geographischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen sind beide eng miteinander verbunden.

Auf dem jüngsten EU-Außenministertreffen in Brüssel haben sich die 27 Mitgliedsstaaten darauf verständigt, eine Beobachtermission nach Georgien zu senden. Außenminister Steinmeier hatte sich dafür stark gemacht zu klären, wer mit welchen Ursachenanteilen an der Eskalation bis hin zur bewaffneten Auseinandersetzung beteiligt war.

Wie sicher sind unsere Daten?

Ergebnisse des Datenschutzgipfels



Seit in den letzten Wochen immer mehr über die Ausmaße des illegalen Datenhandels in der Bundesrepublik bekannt wurde, macht sich in Politik und Bevölkerung zunehmend Empörung breit. Mehrfach sind sogenannte Datenpools - CDs mit Adressdaten von Millionen Bundesbürgern - aufgetaucht, oft auch inklusive der Kontodaten der Betroffenen.

Mit diesem Zustand bin ich in großem Maße unzufrieden. Am 4. September fand ein Sondertreffen zum Thema Datenschutz bei dem zuständigen Innenminister statt. **Schon im Vorfeld hatte ich für etwaige Sanktionen gegen Firmen, die sich den illegalen Datenhandel zu Nutze machen, plädiert.** Man könnte beispielsweise die Gewinne der Unternehmen abschöpfen, die sie mit illegal beschafften Daten erzielt haben. Bei dem Gespräch wurde dieser Vorschlag ebenso akzeptiert wie mein Vorschlag, dass **personenbezogene Daten nur dann weitergegeben werden dürfen, wenn die Person ausdrücklich zugestimmt hat.** Bisher ist ein Weitergeben nur in dem Falle untersagt, dass die betreffende Person dies ausdrücklich verweigert hat. Der Handel und die Weitergabe von Kontodaten war bisher schon verboten und wird es auch in Zukunft bleiben.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass die **Priorität auf eine genauere Durchsetzung der vorhan-**

denen Gesetze gelegt werden muss. Dies wird einhergehen mit schärferen Kontrollen und eventuellen Bußgelderhöhungen, sowie mit der Aufstockung der Anzahl der in den Aufsichtsbehörden tätigen Mitarbeiter. Außerdem soll die Koordination zwischen den einzelnen Bundesländern besser abgestimmt werden. Bisher ist die Aufsicht über den Datenschutz in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich organisiert.

Ich meine aber auch, dass nicht alle Datenschutzprobleme durch staatliche Maßnahmen zu verhindern sind. **Jeder Einzelne muss verantwortungsbewusst mit seinen persönlichen Informationen umgehen.** In Web 2.0-Internetangeboten beispielsweise sind es private Nutzer, die umfangreiche, auch für Unternehmen interessante Informationen der Öffentlichkeit preisgeben. Der Staat kann hier nicht eingreifen, denn dazu müsste er die Beiträge der Nutzer solcher Angebote inhaltlich prüfen, was nicht im Interesse des Datenschutzes wäre und darüber hinaus noch eine Zensur darstellen würde.

Groß und Klein, Alt und Jung In Berlin unterwegs

Letzte BPA-Gruppe 2008 erkundet die Hauptstadt

Ende August war es wieder soweit: 50 politisch Interessierte waren eingeladen, die Hauptstadt historisch, kulturell und politisch zu erkunden. **Eine bunt gemischte Gruppe besuchte vom 18. bis 21. August Berlin. Auf dem Programm standen das Bundesjustizministerium, der Bundestag, das Finanzministerium, das Holocaust-Mahnmal, das ehemalige Stasi-Untersuchungsgefängnis in Hohenschönhausen und das Willy-Brandt-Haus.** Zur Abwechslung besichtigten die Gäste außerdem das Museum für Kommunikation.

Nicht fehlen durfte natürlich eine **Diskussion mit mir im Fraktionsvorstandsaal der SPD und die traditionelle Spreefahrt.** Bis auf eine kurze Regenunterbrechung konnten wir gemeinsam Berlin



vom Wasser aus betrachten und in gemütlicher Runde bei einem Glas Bier plaudern.

Thema war immer wieder die Situation in Hessen und die Frage, wie es dort weitergeht. Außerdem musste ich viele Fragen zu meinem Arbeitsalltag beantworten. Kritisch wurde dabei der Einsatz von externen Experten - wie z.B. aus Lobby-

Verbänden - in den Ministerien diskutiert. Für meine Arbeit und die des Ministeriums ist der Sachverstand der Praktiker sehr wichtig. Wir wissen natürlich immer wissen, wer - mit welcher Interesse vielleicht - an einem Entwurf mitarbeitet. Ein „heimliches Unterwandern“ kann es deshalb nicht geben.

Als die Gruppe am Donnerstagabend zurückfuhr, hatten **alle viele interessante und neue Eindrücke im Gepäck und für einige stand fest: Wir kommen wieder!**

Letzte Nachricht: Das Stalking-Gesetz

Fraktion vor Ort in Weiterstadt am 2. Oktober

Eine Studie des Mannheimer Zentralinstituts für seelische Gesundheit hat festgestellt, dass 12 % der Bevölkerung einmal im Leben Opfer von Stalking werden. Der **englische Begriff Stalking stammt aus der Jägersprache und bedeutet so viel wie „anpirschen“ oder „anschleichen“**.

Stalking ist für die Opfer ein **zermürbender Psychoterror, der massiv in die Lebensführung der Betroffenen eingreift**. Die Opfer von Stalking, das von Telefon- und SMS-Terror über Geschenke und Drohungen bis hin zu Sachbeschädigungen und Körperverletzung oder gar Mord reichen kann, leiden unter weit reichenden psychischen, körperlichen und finanziellen Folgen.

Mit dem Gesetz zur Strafbarkeit beharrlicher Nachstellungen – dem sog. Stalking-Gesetz – haben wir im vergangenen Jahr einen klar formulierten Straftatbestand geschaffen, der deutlich macht: Stalking ist keine Privatsache, sondern strafwürdiges Unrecht. Das Gesetz stellt dabei einen ganz wichtigen Schritt zur effektiven Verbesserung des Opferschutzes dar.



Um **Bilanz zu ziehen**, wie sich die Situation Betroffener seitdem verändert hat, **diskutiere ich mit Susanne Schumacher** (Autorin des Buches „Stalking – Geliebt, Verfolgt, Gehetzt“ und Vorsitzende Stalking Opferhilfe Berlin e.V.) und **Dr. Jens Hofmann** (Forschungsgruppe Stalking der TU Darmstadt) **am 2. Oktober in Weiterstadt über das Stalking-Gesetz**. **Dazu lade ich Sie herzlich ein und freue mich, Sie an diesem Abend begrüßen zu können!**

Die **Veranstaltung findet statt am 2. Oktober von 18.30 bis 20.00 Uhr im Bürgerzentrum Weiterstadt** (Carl-Ulrich.Straße 9-11). Anmeldungen nimmt mein Berliner Büro gern entgegen (030-22774099, brigitte.zypries@bundestag.de).

Ein Wort zum *Brief aus Berlin*

Der *Brief aus Berlin* ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den *Brief aus Berlin* an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB * Platz der Republik 1 * 11011 Berlin*